

Elite bleibt Elite

»Exzellenzstrategie«: Bund und Länder sorgen dafür, dass der Kreis deutscher Vorzeigunis klein bleibt und der Abstand zum Rest größer wird. **Von Ralf Wurzbacher**

Nun also »Exzellenzstrategie«. Die Förderung sogenannter Spitzenforschung an heimischen Universitäten läuft demnächst unter neuem Label, vom Prinzip her aber wie gehabt: Wenigen wird gegeben, vielen genommen. Mit dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 16. Juni, die »Exzellenzinitiative« in leicht modifizierter Form auf unabsehbare Zeit zu verlängern, wird das Zweiklassensystem in Deutschlands Hochschullandschaft zum Dauerbrenner. Und damit bestätigt sich das, was Kritiker schon zur ersten Auflage des Uniwetts um Extrageld und Extraruhm haben kommen sehen. Eine über Jahrzehnte hinweg weitgehend stabile Struktur der »Gleichen unter Gleichen« wird zerstört.

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) freut das: »Wir haben jetzt beste Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Deutschland in der ersten Liga der internationalen Spitzenforschung seine Position weiter ausbauen kann.« Zwar halten Experten die Vorgabe der politisch Verantwortlichen, es mit Harvard, Princeton oder der ETH Zürich aufnehmen zu wollen, für illusorisch. Doch ohne Frage haben die Macher des Projekts einiges dazugelernt. Durch dessen neue, bereits Ende April in weiten Teilen in der »Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz« von Bund und Ländern (GWK) verabredete Konfiguration, wird es den bereits führenden Unis noch einmal leichter gemacht, ihren Abstand zum großen Rest zu vergrößern.

Die dafür wichtigste Änderung ist die Abkehr vom Wettbewerbsgedanken. In den Runden davor mussten die im Rahmen der Förderlinie »Zukunftskonzepte« zu Exzellenzuniversitäten gekürten Hochschulen sich nach fünf Jahren in der nächsten Ausschreibung von neuem gegen die Konkurrenz behaupten, um eine Anschlussförderung zu erhalten. Künftig sollen die siegreichen Unis nach sieben Jahren lediglich »evaluiert« werden und nach erfolgreicher Prüfung ihren Status behalten. Man kann sicher sein, dass damit die Gefahr eines Abstiegs geringer wird, die Chancen der Mitbewerber entspre-

chend abnehmen und sich das Feld der Gewinner weiter verfestigt.

Das Kalkül: Will man international zu den Stärksten aufschließen, braucht es möglichst wenige Wettkämpfer mit viel Kraft und Ausdauer, und keine, die auf halbem Weg schlappmachen. Wie im Sport wirkt echter Wettbewerb da mitunter kontraproduktiv. Was gäbe es für ein Bild ab, wenn etwa die TU München als aktuelle deutsche Eliteuni im Ausland für Furore sorgt,

diat bewerben zu dürfen, braucht es die Existenz und die Bewilligung von mindestens zwei »Exzellenzclustern« (drei im Falle von Univerbänden). Solche Cluster bezeichnen einen Zusammenschluss von Wissenschaftlern oder Instituten, die zu einem Thema fachübergreifend Forschung betreiben. Die Erfahrung zeigt, dass dieses Kriterium absehbar nur die finanzstärksten Unis erfüllen können. In den vorangegangenen Runden waren le-

sowie die Humboldt- und die Freie Universität Berlin. Es steht nicht zu erwarten, dass eine davon aus dem erlauchten Kreis wieder herausfällt.

Vielleicht gilt das sogar für Jahrzehnte. Denn beschlossen wurde weiterhin, dass der Bund dauerhaft in Eliteunis investiert. Nach der anstehenden, auf zehn Jahre festgesetzten und mit über fünf Milliarden Euro ausgestatteten Förderrunde soll also nicht Schluss sein. Damit das geht, bedient sich die Politik des neu geschaffenen Artikels 91b des Grundgesetzes, der es der Bundesregierung erlaubt, »in Fällen überregionaler Bedeutung« Hochschulen dauerhaft zu fördern. Viele Kritiker verbanden mit der seit Jahresanfang 2015 geltenden Neuregelung die Hoffnung, der Bund werde damit endlich das Problem der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen anpacken.

Die jetzige Weichenstellung bewirkt nach Ansicht des Soziologen Michael Hartmann, emeritierter Professor der Uni Darmstadt, jedoch das genaue Gegenteil. »Das, was es oben mehr gibt, muss unten weggenommen werden«, bemerkte er gegenüber jW. Exzellenzunis seien dabei »dreifache Gewinner«. Sie profitieren erstens von den direkten Prämien des Programms und generierten zweitens wegen des damit verbundenen Renommee mehr staatliche und private Drittmittel. »Und drittens streichen sie bei der leistungsorientierten Mittelvergabe durch die Bundesländer einen größeren Anteil an den Landesmitteln ein.«

Hartmann hat errechnet, dass die vier führenden Universitäten, die LMU und die TU München, die RWTH Aachen sowie die Uni Heidelberg ihre Forschungsmittel seit Start der Exzellenzinitiative 2006 um 20 Prozent aufbessern konnten, die Top Ten immerhin um zehn Prozent. Der Behauptung, die Entwicklung komme der Forschung insgesamt zugute, widerspricht der Elitenforscher. »Wenn man die Breite von wissenschaftlichen Möglichkeiten einengt, weil man von vornherein auf bestimmte Hochschulen setzt, dann ergibt das nicht einmal ein Nullsummenspiel, sondern sogar einen Verlust.«



Frühe Erkenntnis: Protestaktion gegen »Bologna« und Zweiklassensystem an Hochschulen in Hannover, 2009

um dann beim nächsten nationalen Schaulaufen von der heimischen Konkurrenz ausgestochen zu werden?

Damit so etwas nicht passiert, wurden weitere Vorkehrungen getroffen. Um sich überhaupt um das Eliteprä-

diglich acht Universitäten mit jeweils zwei Clustern siegreich, sechs davon haben derzeit auch den Titel Eliteuni inne: Die RWTH Aachen, die Uni Heidelberg, die Ludwig-Maximilians-Universität sowie die TU in München

»Bildung in Deutschland« Exzellente und prekär

Wie es der Zufall wollte, wurde am Tag, an dem die politisch Verantwortlichen ihre »Exzellenzstrategie« unter Dach und Fach brachten, der Bericht »Bildung in Deutschland 2016« vorgelegt. Das, was die unabhängigen Forscher unter Federführung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) dabei über den Zustand des Bildungssystems zutage förderten, ist nicht alles schlecht – aber auch längst nicht alles gut. Insbesondere mit der Einwanderungspolitik in Bund und Ländern, Schwerpunkt des Reports, gingen die Experten dabei ins Gericht. Zu wenig Sprachförderung, zu wenig Erzieherinnen, Lehrkräften, kurzum wenig Geld und »keine Aufbruchstimmung« – so wären die Herausforderungen nicht zu meistern, befanden sie.

Nicht für alle

An diesem und weiteren Beispielen zeigt sich: Die »Bildungsrepublik« gibt es nicht für alle, schon gar nicht für jene, die sich nicht unmittelbar bezahlt machen. Dazu gehören zuvorderst Flüchtlinge und Menschen in Armut, die von Politik, Wirtschaft und Medien als Kostenfaktor verunglimpft und von Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden. Leidtragende der allgemeinen Bildungsmisere sind aber viele mehr: Kleinkinder, Schüler, Studierende, Azubis. Sie alle sind Opfer eines Mangel verwaltenden Systems, in dem Schulhäuser verrotten, Lehrstellen nicht ausreichend und Seminare überfüllt sind.

Ein Drittel der Studierenden bricht das Studium ab, zwei Drittel der Bachelor-Absolventen misstrauen dem Abschluss, satteln lieber ein Master-Studium drauf, 80 Prozent der Nachwuchswissenschaftler an den Hochschulen sind prekär beschäftigt, immer mehr Bibliotheken machen dicht, und Hörsäle tragen Namen wie Aldi oder Siemens. Auch das gehört alle zur »Exzellenzstrategie«. Nur geht die Politik damit nicht so gerne hausieren. (rwu)

Blockade fürs Kleine und Ganze

Wie Hamburg antrat, ein »Zweiklassensystem« zu verhindern, um es doch möglich zu machen

Fast schien es, als könnte das Projekt noch scheitern. So schwach wie dieser Konjunktiv erwies sich am Ende auch die vielbeschworene Hamburger »Blockade«. Dabei war die Aufregung im Vorfeld der Ministerpräsidentenkonferenz vergangene Woche groß. Lange Zeit galt die Zustimmung der Länderchefs zu der Ende April ausgehandelten »Exzellenzstrategie« als reine Formsache: Die Damen und Herren treffen sich mit der Kanzlerin, setzen ihre Unterschrift unter den Vertrag, und dann knallen die Korken.

Plötzlich war da Katharina Fegebank (Grüne), Wissenschaftssenatorin der Hansestadt. Sie drohte nicht nur, den schönen Kompromiss platzen zu lassen, sondern rüttelte noch an Selbst-

verständlichem: Die Chancengleichheit zwischen den Hochschulen werde nicht ausreichend berücksichtigt, mäkelte sie, und man laufe Gefahr, eine »Zwei-Klassen-Hochschullandschaft« zu bekommen. Wie zu lesen war, monierte sie dies auf Wunsch des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz (SPD). Außerdem sollen manche ihrer Länderkollegen die Kritik hinter vorgehaltener Hand geteilt haben.

Kündigte sich hier ein Aufstand an, wurde sogar der Systembruch angezettelt? Natürlich nicht. Vom Grundsatz her haben Fegebank und Scholz nämlich nichts gegen die »Exzellenzstrategie«. Ihnen missfällt, dass ihre Hamburger Uni bei der Vorläuferveranstaltung namens »Exzellenzinitiative« keinen der begehrten Elitetitel hat

abräumen können. Es hat bisher nur für drei »Exzellenzcluster« gereicht. Und hätte man die vor knapp zwei Monaten von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) erzielte Verabredung eins zu eins umgesetzt, wäre es wohl nie etwas geworden mit dem Platz an der Spitze.

Jetzt stehen die Chancen etwas besser. Auf Drängen Hamburgs sollen in der anstehenden Runde auf jeden Fall elf Exzellenzunis gefördert werden und dafür jährlich zehn bis 15 Millionen Euro extra erhalten. Nach der ursprünglichen Planung sollten es nur »acht bis elf« sein. Ferner wurden strengere Richtlinien für eine, wie es heißt, »gründliche« Evaluation nach sieben Jahren fixiert. Eine Anschlussförderung solle nur Universitä-

ten und Univerbänden winken, die international etwas vorzuweisen haben. Wem das nicht gelingt, der soll seinen Status wieder verlieren können.

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) geht davon aus, dass dies »sicherlich einige Unis« betreffen werde. Die frei werdenden Plätze würden ausgeschrieben, und in jedem Fall sollten vier Hochschulen neu zum Zuge kommen. Damit sei laut Wanka auch die von Hamburg geforderte »Dynamik« gewährleistet. Theoretisch könnten bei der übernächsten Ausschreibung damit bis zu 15 Unis das Eliteprädiat einheimsen. Ob diese breiter über die Republik verstreut sein werden als bisher, muss sich zeigen. Derzeit sind die elf Titelträger in sechs Bundesländern beheimatet, fünf davon

in Baden-Württemberg und Bayern.

Für den Fall, dass künftig wirklich mehr zum Zuge kommen, ist vorgesorgt. Der Etat werde dann um eine noch unbestimmte Summe erhöht, erklärte die Ministerin. Fürs erste soll das Programm mit jährlich 533 Millionen Euro ausgestattet sein, bei einer Laufzeit von zehn Jahren. An der Zielstellung »Zwei-Klassen-Hochschullandschaft« ändert sich mit den Änderungen freilich nichts. Weiterhin würde »nur eine kleine Zahl an Hochschulen gefördert«, auf die »Stärkung einer kleinen Elite« gesetzt, »statt auf die nachhaltige Finanzierung aller Hochschulen«, monierten etwa die Basis-Hochschulgruppen. Vor allem blieben kleine Hochschulen »auf der Strecke«. **Ralf Wurzbacher**